

01.08.2017

Niederschrift über die Senatssitzung

(1.4)

Frau Senatorin Prüfer-Storcks trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2017/2078,
betreffend

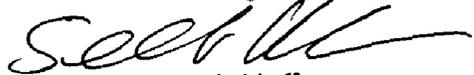
Entwurf eines Gesetzes zur Bildung einer "sektorenübergreifenden
Landeskonferenz zur gesundheitlichen und pflegerischen
Versorgung" (HmbSLKV),

vor.

Der Senat beschließt die mit der Drucksache vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit


Cornelia Schmidt-Hoffmann

702.29-01-2017

750.00-01



Berichterstattung:
Senatorin Prüfer-Storcks
Staatsrätin Badde

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2017/02078
vom: 26.07.2017

Betrifft: Entwurf eines Gesetzes zur Bildung einer „sektorenübergreifenden Landeskonferenz zur gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung“ (HmbSLKV)

A. Zielsetzung

Ziel ist, die beiden Landesgremien „Landeskonferenz Versorgung“ nach § 90a SGB V und den „sektorenübergreifenden Landespflegeausschuss“ nach § 8a Absatz 2 SGB XI organisatorisch und inhaltlich an die geänderten bundesrechtlichen Vorgaben anzupassen und zu einem Gremium „sektorenübergreifende Landeskonferenz zur gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung“ zusammenzuführen.

B. Lösung

Einbringung eines Entwurfs zur Änderung des Hamburgischen Gesetzes zur Bildung einer Landeskonferenz Versorgung.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Die Änderungen des Hamburgischen Gesetzes über die Bildung einer Landeskonferenz Versorgung haben keine Mehrkosten zur Folge und werden budgetneutral umgesetzt.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Keine

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine

F. Auswirkungen auf:

- Familienpolitik**
- Klimaschutz**
- Bürokratieabbau**

- Inklusion**
- Gleichstellung**

G. Alternativen

Keine Zusammenführung der Gremien, sondern Bildung eines separaten Ausschusses zur Beratung über sektorenübergreifende Zusammenarbeit in der Versorgung von Pflegebedürftigen (sektorenübergreifender Landespflegeausschuss); die Landeskongferenz Versorgung bleibt in ihrer bisherigen Form bestehen. Erforderlich ist dann die Institutionalisierung eines Abstimmungsprozesses zwischen den Gremien.

H. Anlagen

Gesetzentwurf einschließlich Begründung